

**Medienmitteilung vom 11. März 2014**

## **Der positive Rechnungsabschluss des Kantons Bern hat auch bittere Seiten Bitter für betroffenes Personal und betroffene Bevölkerung**

**Die Grünen fordern nach dem hervorragenden Rechnungsabschluss 2013, dass auf die Umsetzung neuer Sparmassnahmen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich verzichtet wird. Zudem braucht es eine transparentere Informationspolitik der Finanzdirektion, um zu verhindern, dass zwischen finanzpolitischer Projektion und Realität so grosse Abweichungen entstehen.**

Vier Wochen vor Beginn der Spardebatte im Grossen Rat veröffentlichte der Regierungsrat eine dramatische Verlustwarnung für das Jahr 2013 und erliess ein Ausgabenmoratorium und einen Anstellungsstopp. In dieser Stimmung beschloss der Grosse Rat über das Abbaupaket "Angebots- und Strukturüberprüfung". Der Grosse Rat baute Leistungen in der Psychiatrie, bei der Spitex, bei Behinderteninstitutionen, in der Prävention, in der Bildung usw. ab. Die Abbaumassnahmen haben für das betroffene Personal (Stellenverlust) und für die betroffene Bevölkerung (schlechtere oder gar keine Leistungen) harte Auswirkungen.

Heute zeigt sich, dass die Verlustwarnung vom Oktober 2013 völlig unbegründet war. Statt des angekündigten Defizits schliesst die Jahresrechnung des Kantons mit einem Ertragsüberschuss von 157 Mio. Franken ab. Innerhalb von vier Monaten hat sich die Finanzlage um fast 330 Mio. Franken verbessert. Der Hauptgrund dafür sind geringere Aufwände (180 Mio. Franken). Umso mehr stellt sich die Frage, wieso die Finanzdirektion im Oktober diese Verlustwarnung erlassen hat, wenn doch zumindest der Trend beim Aufwand erkennbar sein musste. Für die vom Abbau betroffenen Menschen ist es bitter, heute erfahren zu müssen, dass die Finanzsituation offensichtlich gar nicht so schlecht ist.

Für eine nachhaltige Finanzpolitik haben wirklichkeitsnahe Auskünfte über die finanzielle Lage des Kantons eine enorme Bedeutung. Wenn den publizierten Zahlen – in die eine oder die andere Richtung – nicht mehr getraut wird, fehlt das Fundament für eine verantwortungsvolle, verlässliche Finanzpolitik. Die Grünen erwarten daher, dass die Finanzdirektion zu einer transparenten Informationspolitik findet.

Für die Grünen ist mit der Publikation der Jahresrechnung 2013 klar, dass auf die Umsetzung weiterer bereits beschlossener Leistungsabbaumassnahmen zu verzichten ist. Im Rahmen der Erarbeitung des Voranschlags für das Jahr 2015 hat der Regierungsrat die Möglichkeit, jene Sparmassnahmen, welche erst ab dem Jahr 2015 wirksam würden, rückgängig zu machen. Das gilt ganz besonders für den Abbau im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich. Von der Erarbeitung neuer Sparmassnahmen (ASP II) ist definitiv abzusehen.

### **Für weitere Auskünfte:**

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern, Tel. 079 379 16 53